

Christoph Schaumann

## „Abgeblaßte Alpenveilchen“, „Russenkinder“ und „unsichere Kantonisten“

### Aufschlußreicher Beifang eines Quellenstudiums in Archiven der freien Wohlfahrtspflege

#### I. Vorbemerkung

Es waren hauptsächlich drei Argumente, mit denen Freunde versuchten, mich von dem Projekt „Die Entwicklung der freien Wohlfahrtspflege unter besonderer Berücksichtigung ihrer Reorganisation nach 1945 in Schleswig-Holstein“<sup>1</sup> abzubringen:

Man warnte vor unsortierten Archiven, die den Namen Archiv kaum verdienen - es sei denn, man verstünde darunter einen klapprigen Schrank mit 20 Aktenordnern. Es wurde zu bedenken gegeben, daß das Auswerten der Quellen ein recht einsames Geschäft werden würde, da die entsprechenden Akten in den letzten 50 Jahren nur durch eher wenige Hände gegangen sein sollen.

Und außerdem - so das schlagkräftigste Argument des besorgten Umfelds - würden die gut dreihundert Sitzungsprotokolle der Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGW KI) und der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände (AGW S-H), die den Hauptteil der Quellengrundlage ausmachen sollten, höchstens Aufschluß über einen nicht besonders relevanten Aspekt trockener und langweiliger Organisationsgeschichte des Nachkriegs-Schleswig-Holstein liefern.

Zugegeben - die ersten beiden Argumente stellten sich als nicht ganz unrichtig heraus. Von langweiliger Organisations- und Verwaltungsgeschichte konnte jedoch nicht die Rede sein:

Schon in der Anfangsphase des Strukturierens und Sichtens des tatsächlich recht ungeordneten Aktenbestandes stieß ich immer häufiger auf Quellen, die oft zwar nur mittelbar mit meinen Forschungsinteresse - die Reorganisation der freien Wohlfahrtspflege - zu tun hatten, die Mentalität und das gesellschaftliche Klima der schleswig-holstenischen Nachkriegszeit mindestens ebenso anschaulich widerspiegeln wie beispielsweise Hermann Glasers Darstellung der Kulturgeschichte der Bundesrepublik<sup>2</sup>, die Nordwestdeutschen Hefte<sup>3</sup> oder die „Immenhof“- und „Stahlnetz“-Folgen des Fernsehens der 50er Jahre.

So wäre mir die Existenz einer Organisation internierter Wehrmatsangehöriger mit dem Namen „Deutsche in Not“, die 1945 „mal eben“ 50.000 RM für Wohlfahrtsverbände spenden konnten (Abschnitt II. dieses Beitrags) oder der Zusammenhang von nordamerikanischen Arbeitskämpfen und Süßigkeiten-Beuteln für Kieler Kinder (III.) ohne

dieses Quellenstudium wohl für immer verborgen geblieben. Auch der höchst aufschlußreiche „Bericht über die Lage der Stadt Kiel“ vom Juli 1949 (VII.) ist weder Gegenstand einer lokal- oder lan-

desgeschichtlichen Darstellung noch in einem „regulären“ Archiv vorhanden. Einige der Briefe und Sitzungsprotokolle sollen daher hier vorgestellt werden.

## II. Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Kiel am 22. Oktober 1945

Ein Vertreter der öffentlichen Wohlfahrtspflege, Stadtmedizinalrat Prof. Dr. Klose, erinnerte sich angesichts der chaotischen Verhältnisse im Kiel der unmittelbaren Nachkriegszeit an Personen, die schon vor 1933 in der Kieler Wohlfahrtspflege tätig waren. Mit ihnen beabsichtigte er, die soziale und gesundheitliche Situation der Kieler Bevölkerung und mögliche Hilfsmaßnahmen zu besprechen.<sup>4</sup> Die am 22. Oktober 1945 um 15 Uhr im Dienstzimmer von Prof. Klose - einem der wenigen nicht völlig zerstörten Räume des Krankenhausgebäudes - abgehaltene Zusammenkunft kann als konstituierende Sitzung der Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege gelten.

Der Kreis der bei diesem ersten Treffen der AGW Kiel Anwesenden setzte sich nicht nur aus Vertretern und Vertreterinnen derjenigen Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die auch in der NS-Zeit weiterexistierten, also Caritas und DRK (der Vertreter der Inneren Mission fehlte entschuldigt), und zwei Vertretern der gerade wieder zugelassenen Arbeiterwohlfahrt zusammen. Neben einem Kaplan und einem Pastor, dem Bürgermeister und einem Rechtsanwalt der „Gesellschaft der freiwilligen Armenfreunde“, gehörte auch ein Major Götz als Vertreter der in der Sperrzone F internierten Wehrmachtangehörigen zu den Teilnehmern dieser Sitzung.

Nach der Entgegennahme einer Spende von 50.000 RM der Hilfsgemeinschaft „Deutsche in Not“, einer Organisation der internierten Wehrmachtangehörigen, befaßten sich die Anwesenden der ersten Sitzung der Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege mit den der britischen Militärregierung zur Genehmigung vorgelegten Richtlinien der AGW sowie mit der Bildung von Ausschüssen für die „Erledigung der notwendigen Winteraufgaben“.<sup>5</sup>

Zu den auf dieser Sitzung verabschiedeten Richtlinien gehören nicht nur die „Förderung der planmäßigen Zusammenarbeit der Mitgliederverbände unter Wahrung deren Selbständigkeit“ und die „Einleitung umfassender und wirksamer Vorsorge- und Fürsorgemaßnahmen für Notleidende und Bedürftige“. Ausdrücklich wird auch die „Bekämpfung des Mißbrauchs der Wohlfahrtspflege von seiten der gewerbsmäßigen Bettelei“ als Aufgabe beschlossen.

Schon in der ersten Sitzung der Kieler Arbeitsgemeinschaft wurden neben dem für grundsätzliche Organisationsfragen zuständigen Hauptarbeitsausschuß fünf für spezielle Arbeitsgebiete verantwortliche Unterausschüsse gebildet, die sich analog zum Hauptarbeitsausschuß paritätisch aus Vertretern der einzelnen Mitgliedsorganisationen zusammensetzen sollten. Außerdem wurden „interessierte und fachlich besonders geeig-

nete Mitarbeiter aus der Kieler Bürgerschaft hinzugezogen." Beispiele sind der Stadtschulrat Dr. Danielsen im Ausschuß für Schulkinderspeisung oder der Inhaber des Kieler Wäschegeschäftes Meislahn im Ausschuß für Mütter und Säuglingsfürsorge.<sup>6</sup> Die Ausschüsse und ihre Vorhaben im einzelnen:

- Der **Ausschuß für Schulkinderspeisung** hatte sich zum Ziel gesetzt, 1000 Kieler Schulkinder in der Zeit von November 1945 bis Ende März 1946 täglich mit einer zusätzlichen warmen Mittagsmahlzeit zu versorgen. Das Essen sollte in der Gemeinschaftsküche der Gesellschaft Freiwilliger Armenfreunde gekocht werden und in den Schulen dann durch Mitglieder der freien Wohlfahrtspflege mit Unterstützung der Lehrkräfte verteilt werden. Wie aus dem Sitzungsprotokoll hervorgeht, waren sich die Ausschußmitglieder bewußt, daß von den 1.000 Portionen nur 6% der Kieler Schulkinder profitieren konnten. Da aber im Herbst 1945 20-25% der Kieler Schulkinder als unterernährt galten, war an eine spätere Ausweitung der Schulspeisung gedacht. Bis dahin sollten die „zunächst ausgesuchten Kinder nach 10 Wochen ausgetauscht werden".<sup>7</sup> Um die Kosten dieser markenfreien Schulspeisung, die zunächst von der AGW KI allein ohne Zuschüsse finanziert wurde, zumindest etwas zu senken, war an eine von den Eltern zuzuzahlende Anerkennungsgebühr von mindestens zehn, höchstens jedoch 50 Pfennig gedacht.

- Der **Ausschuß Kieler Weihnachtsbaum** gründete sich mit dem Ziel, weihnachtliche Veranstaltungen vorzubereiten und Sammlungen für die dafür notwendigen Geld- und Sachspenden zu organisieren. Mit dem Auf-

stellen von großen beleuchteten Weihnachtsbäumen „trotz der Trümmer und Ruinen" sollte der Kieler Bevölkerung vorweihnachtliche Freude bereitet, aber auch gleichzeitig Werbung für die Aktion des Kieler Weihnachtsbaums gemacht werden. Für das Jahr 1945 standen die Vorbereitungen von Weihnachtsfeiern für Kinder sowie für Einsame im Vordergrund. Bei der Herstellung von Kinderspielzeug wurde mit den internierten Wehrmachtssoldaten des „Hilfswerks Deutsche in Not" zusammengearbeitet, wobei es der AGW KI allerdings Schwierigkeiten bereitete, das für diese Bastelarbeiten erforderliche Material zu beschaffen.<sup>8</sup>

- Das vordringlichste Problem des **Ausschusses für Näh- und Wärmestuben** war die Beschaffung von geeigneten Räumen und deren tägliche Beheizung. Als Übergangslösung sollten die Räume der städtischen Säuglingsfürsorgestellen genutzt werden. Das Aufsichtspersonal dafür sollte - so die Planung in der konstituierenden Sitzung - von den einzelnen Mitgliedsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft gestellt werden. Während das Problem der Sitzgelegenheiten durch die Nutzung von Bänken aus Bunkern schon gelöst war, fehlte es im Oktober 1945 noch immer an den Nähmaschinen für die geplanten Nähstube. Die Verhandlungen mit der britischen Militärregierung über Maschinen aus dem Bestand der früheren NS-Frauenschaft hatten zu diesem Zeitpunkt noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt.

Aus dem Tätigkeitsbericht 1945-48 geht jedoch hervor, daß der Ausschuß seit Dezember 1945 in verschiedenen Stadtteilen Kiels insgesamt fünf Nähstuben mit acht Nähmaschinen unterhielt.

Fünf Maschinen davon stammten aus ehemaligem NS-Vermögen und wurden dem Ausschuß gegen Zahlung einer monatlichen Miete von der Militärregierung überlassen. An ihnen konnten Frauen aller Bevölkerungskreise unter Anleitung einer Schneiderin an bestimmten Wochentagen Ausbesserungsarbeiten oder Umänderungen an Kleidungsstücken vornehmen.<sup>9</sup>

- Unter dem allgemein herrschenden Mangel an dem Allernotwendigsten litt auch die Anfangsphase der Arbeit des **Ausschusses für Mütter- und Säuglingsfürsorge**. Es war zwar Kontakt zu einem Blindenheim in Timmen-dorfer Strand aufgenommen worden, das bereit war, die dringend benötigten Säuglingskörbe zu flechten; das hierfür nötige Material hatte der Ausschuß jedoch noch nicht bewilligt bekommen.<sup>10</sup>

- Der **Ausschuß für Flüchtlingsfürsorge** hatte im Oktober 1945 noch kein klares Konzept für seine Tätigkeit. Der von der Stadtverwaltung geplanten

zentralen Stelle für Flüchtlingsfürsorge sollte offensichtlich keine Konkurrenz gemacht, sondern vielmehr bei ihrer Einrichtung Hilfestellung geleistet werden.<sup>11</sup>

Auskunft über die Anfangsphase der verschiedenen Ausschüsse der Kieler Arbeitsgemeinschaft gibt das Protokoll der Sitzung vom 25. November 1945, in der die Vorsitzenden über die Tätigkeiten der einzelnen Ausschüsse berichteten. Abschließend wurde festgestellt, „daß auf allen Gebieten die Arbeit gut anläuft und nicht unerhebliche praktische Erfolge bereits erzielt [worden] sind.“<sup>12</sup> Laut Protokoll der Sitzung wurde jedoch auch Kritik an den organisatorischen Mängeln geäußert, unter denen die „Aktion Weihnachtsbaum“ „trotz der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten“ gelitten habe. So sei aufgrund des Zeitdrucks versäumt worden, die roten Sammelbüchsen der NSV<sup>13</sup> und des NS-Winterhilfswerks umzufärben, was zu gereizten Reaktionen von seiten der Bevölkerung geführt habe.

### III. Amerikanische Mennoniten kompensieren den „völligen Ausfall der von der Militärregierung versprochenen Süßigkeitenbeutel für 10000 Kinder“

Eine entscheidende Änderung in der Arbeit der AGW KI im Jahr 1946 im Vergleich zu 1945 war das Anlaufen der Auslandshilfe, durch die die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände erheblich entlastet wurden. Für die Stadt Kiel spielten dabei vor allem die großangelegte Hilfsaktion der Schweiz - die sog. Schweizer Spende - sowie die Hilfeleistungen des „Mennonite Central Committee“ (MCC), einer Organisation amerikanischer und kanadischer Mennoniten, die zum Teil deut-

scher Abstammung waren, eine große Rolle.<sup>14</sup> Vertreter und Vertreterinnen dieser Organisationen nahmen als Gäste an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 16. November 1946 teil. „Die ausländischen Gäste“, die gekommen waren, „um nach Möglichkeit der Arbeitsgemeinschaft zu helfen“, griffen teilweise direkt in die Diskussion ein und versuchten, aufgetretene Probleme schon auf dieser Sitzung zu lösen. So erklärte sich Mr. Dyke vom MCC bereit, den „völligen Ausfall der von der Militärregierung versprochenen Süßigkeitenbeu-



*Abb. 1: Mr. Dyke vom Mennonite Central Committee erkundigt sich bei Kieler Kindern nach dem Geschmack der ausgeteilten Suppe*

tel für 10.000 Kinder" durch das Backenlassen von Stollen für 7.000 Kinder zu kompensieren. Da die Nahrungsmitteldampfer infolge der amerikanischen Streiks zu dem Zeitpunkt noch

nicht eingelaufen waren, hatte Dyke bezüglich der Zutaten bereits mit dem Landesverband des DRK Gespräche geführt. Dieser war bereit, das Backen und die Auslieferung zu übernehmen.<sup>15</sup>

#### IV. Kiels Dank an die Mennoniten - das abgeblaßte Alpenveilchen

Angesichts der zahlreichen Hilfslieferungen ausländischer Organisationen für die Kieler Bevölkerung gerade in den Jahren 1946-1948 fühlte sich die Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Ende 1948 verpflichtet, alle in bzw. für Kiel tätigen ausländischen

Hilfsorganisationen ihre Dankbarkeit auszudrücken. Daß dies zumindest im Fall des in Kiel besonders engagierten Mennonite Central Committee anders als geplant verlief, zeigt folgender Brief des langjährigen Vorsitzenden der Kieler Arbeitsgemeinschaft Pastor Plath:

Fa. Muth, Blumenhandlung

3. Dezember 48

Kiel

Sophienblatt

Am 25. v. Mts erteilten wir Ihnen einen Auftrag, durch die Fleurop eine Blume zum Preise von DM 10,- nach Hamburg an das Mennonite Central Committee von USA u. Canada zu schicken. Wie wir jetzt durch die deutsche Sekretärin des M.C.C. erfahren, ist von Ihnen der Auftrag denkbar schlecht ausgeführt worden. Es soll sich um ein ganz kümmerliches, abgeblaßtes Alpenveilchen gehandelt haben, das keineswegs dem Preis von DM 10,- entsprach. Umso erstaunter sind wir, weil Herr Muth sen. persönlich den Auftrag ausführen wollte, weil er doch nach Hamburg fuhr.

Es handelt sich bei dem Mennonite Central Committee um eine ausländische Hilfsorganisation, die in den letzten Jahren unendlich viel für die Kieler Bevölkerung getan hat. Es ist uns deshalb nicht nur peinlich, dass der Auftrag so schlecht ausgeführt wurde, sondern wir halten es geradezu für ein trauriges Zeichen, dass ausgerechnet ein Kieler Geschäftsmann aus einem Auftrag einer Wohlfahrtsorganisation an eine ausländische Hilfsorganisation einen Gewinn herauszuschlagen versucht. Wir beanspruchen durchaus keine Sonderbehandlung, durften aber doch wohl erwarten, dass wir reel bedient werden. Wenn der Hauptschuldige in diesem Fall vielleicht ja auch die ausführende Hamburger Firma ist, so bürgt doch Ihre Firma für eine reelle und gute Ausführung des Auftrages, zumal - wie schon oben erwähnt - Herr Muth sen. sich persönlich bei seiner Hamburger Fahrt der Sache annehmen wollte.

Wir werden aus diesem Vorfall die Konsequenzen ziehen und in Zukunft unsere Aufträge anderen Firmen erteilen.

Im Auftrage:  
(Pastor Plath)  
Vorsitzender

## V. „...nur 8 - 10 Pakete in Verlust geraten“ - das Rendsburger Lagerhaus - Knotenpunkt bei der Verteilung von Care-Paketen

Auch die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege war ab der zweiten Hälfte des Jahres 1946 durch das Anlaufen der ausländischen Hilfslieferungen geprägt. Kuriose Schriftstücke wie der unter IV. zitierte Brief finden sich zwar nicht in den entsprechenden Unterlagen der AGW SH, dafür gibt ein Bericht von Pastor Mohr, dem Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft, Aufschluß über einige praktische Aspekte der Hilfeleistungen der amerikanischen Care-Organisation für die Region Schleswig-Holstein<sup>16</sup>:

Demnach wurden im Rahmen der seit dem 1. Oktober 1946 laufenden Care-Paket-Aktion bis zum 25. November 1946 12.000 Pakete in Schleswig-Holstein verteilt. Diese Pakete gelangten per Schiff von Bremen nach Rendsburg, wurden dann zu 18 Verteilungsstellen innerhalb des Landes Schleswig-Holstein gebracht und von dort aus durch das Evangelische Hilfswerk, die Arbeiterwohlfahrt und das DRK weiterverteilt.

Diese 45 Pfund schweren Pakete waren zum Teil für bestimmte Empfänger gedacht und in den USA von deren Angehörigen zum Preis von zehn Dollar gekauft worden. Die Adressen dieser Empfänger waren den Verteilungsstellen vom Care-Büro Bremen mitgeteilt worden. Mit Befriedigung weist Pastor Mohr darauf hin, daß das Care-Präsidium nach verschiedenen Kontrollen die mit der Verteilung betrauten freien Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein als „besonders gut arbeitend“ bezeichnet hätten. So gelte das Lagerhaus

in Rendsburg als das beste in der britischen Zone, da es sowohl über Gleis- als auch Schiffsanschluß verfügt. Außerdem seien dort „durch Diebstahl nur 8-10 Pakete in Verlust geraten“. Auch die CARE-Paket-Aktion war durch die amerikanischen Streiks beeinträchtigt worden.

Zum Zeitpunkt von Pastor Mohrs Bericht hatte sich jedoch die Situation wieder entspannt, und es war eine weitere größere Paketlieferung für Bremen angekündigt. Die AGW SH hoffte, diese Pakete noch vor Weihnachten verteilen zu können. Mohr wies die Vertreter der einzelnen Verbände in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der von der AGW SH erwünschte Anteil von 40% Freipaketen, d.h. Paketen, die für keinen speziellen Adressaten bestimmt waren, am ehesten durch „exaktes Arbeiten bei der Verteilung“ erreicht werden könnte. Hierzu gehörte auch das zügige Zurücksenden der Empfangsquittung an den Spender.

Auch in diesem Punkt wurde in der britischen Zone besser gearbeitet als in der amerikanischen. Laut Protokoll wurden für die 120.000 in der britischen Zone verteilten Pakete 105.000 Quittungen zurückgesandt, in der amerikanischen Zone dagegen nur 10.000. Aus diesem Grund sollte auch der Leiter der CARE-Aktion in der britischen Zone, ein Mr. Randloff, die Leitung für „das ganze Reich“<sup>17</sup> übernehmen. Das schlechte Funktionieren zu Beginn der CARE-Aktion hätte diese gefährdet.

Als weitere Maßnahme zur Verbesserung der Paketverteilung hatten die Organisatoren von CARE beschlossen,



Abb. 2: Food for Relief - Lebensmittelspende des Mennonite Central Committee

daß die gesamten dabei anfallenden Kosten - auch die Speditionskosten innerhalb der Besatzungszonen - von der amerikanischen Zentrale getragen werden

und daß die für die Verteilung zuständigen Mitarbeiter der deutschen Wohlfahrtsorganisationen nach Möglichkeit Anrecht auf ein Freipaket haben sollten.

## VI. „Denunziation“ und „Kommunistenfurcht“ - Der Briefwechsel der AGW KI

Einblick in eine spezielle Facette der in der Vorbemerkung angesprochenen Nachkriegsmentalität eröffnet der interne Briefwechsel der Kieler Arbeitsgemeinschaft. Im Gegensatz zu den Sitzungsprotokollen mußte hier weder Rücksicht auf Vertreter der Militärregierung noch auf das bei Protokollen übliche Gebot der Sachlichkeit und „Seriösität“ genommen werden. Meinungsverschiedenheiten, persönliche Ansichten und Intrigen, alles Dinge, die Auskunft über das in einer Organisation herrschende Klima geben, werden daher vor allem in den Briefen wie den folgenden „ungefiltert“ wiedergegeben:

Die Fürsorgerin Andrae, die einzige festangestellte Kraft der Kieler Arbeitsgemeinschaft, schickte dem Vorsitzenden der AGW KI am 17. März 1947 einen Bericht über die Säuglingsfürsorge der Arbeitsgemeinschaft. In einem Anschreiben hierzu trägt sie nach einigen marginalen Äußerungen zur AGW ihr eigentliches Anliegen vor:

„Ich bitte Sie, den Küchenhelfer Achterberg zu entlassen. Er hat schon vor einiger Zeit eine Platte Fett gestohlen, die ihm wieder abgenommen wurde. Meines Erachtens hätte man ihn damals sofort entlassen müssen, um ein Exempel zu statuieren. Ein Betrieb wie der unsrige kann sich solche unsicheren Kantonisten nicht leisten und wir können ihre Weiterbeschäftigung vor den Ausländern nicht verantworten. Inzwi-

schen hat Achterberg für eine verlängerte Arbeitszeit von den Schweizern ein kleines Päckchen Kaffee bekommen und das sofort für 50,- an die Küchenhelferin Frau Turban verkauft. Als letztes vermißt Frau Scholz ihre Zusatzkarten und auch für diesen Diebstahl kann eigentlich nur Achterberg infrage kommen. Nachgewiesen ist es ihm bisher nicht. Mit herzlichem Gruß! Ihre a. [sic!]“<sup>18</sup>

Dieses eindeutige Beispiel von Denunziation und besonders der Sprachduktus, in der diese abgefaßt ist („Exempel statuieren“, „unsicherer Kantonist“) zeigen, daß zwölf Jahre autoritärer NS-Herrschaft auch an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Organisationen wie der AGW KI nicht spurlos vorübergegangen sind.

In diesem Zusammenhang ist auch die Reaktion der Kieler Arbeitsgemeinschaft auf einen Antrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (V.V.N.) recht aufschlußreich. Die V.V.N. stellte als Interessenvertretung der politisch Verfolgten in ihrem Schreiben fest, daß diese Gruppe bei der Verteilung von Care-Paketen, die nicht für einen bestimmten Empfänger gedacht waren, bisher noch nicht bedacht worden war. Da die V.V.N. davon ausging, daß die Verteilung in Kiel von einem Ausschuß der freien Wohlfahrtsverbände vorgenommen wurde, beantragten sie, in diesen Ausschuß mit aufgenommen zu werden.<sup>19</sup>

Plath stellte daraufhin zunächst in einem Antwortschreiben zu Recht klar, daß die wenigen nach Kiel kommenden „freien Care-Pakete“ nicht der AGW KI, sondern den einzelnen Wohlfahrtsverbänden zugeteilt würden, und verwies die V.V.N. an den „Zentralauschuß der freien Wohlfahrtspflege für die Verteilung ausländischer Liebesgaben in Bielefeld“.<sup>20</sup> Über ein halbes Jahr später wurde der Antrag der V.V.N. aus nicht ersichtlichen Gründen an Mr. Dyck vom Mennonite Central Committee geschickt, versehen mit einem Anschreiben der Fürsorgerin Andrae, in dem sie Dyck gegenüber bedauert, „Ihnen das beigefügte Schreiben der kommunistischen Partei zuschicken zu müssen. Bei der ganzen Haltung, die diese Partei gegenüber religiösen Dingen einnimmt, wirkt diese Bitte außerordentlich befremdend.“<sup>21</sup>

Das zuletzt zitierte Schreiben an das Mennonite Central Committee gibt jedoch nicht nur über die in der Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege herrschende bürgerlich-konservative Grundstimmung Auskunft,

sondern vermittelt darüber hinaus auf recht drastische Weise einen Eindruck von den Problemlagen, mit denen die AGW KI 1947 konfrontiert war.

Fürsorgerin Andrae bittet in dem Brief das Mennonite Central Committee um konkrete Einzelfallhilfe für zwei Personen, deren Schicksal sie schildert: Bei dem ersten Fall handelt es sich um einen völlig mittellosen Kieler Studenten, der an offener Tuberkulose erkrankt ist, bei dem zweiten um eine Frau H. aus einem Kieler Vorort.

Frau H. ist im dritten Monat schwanger und soll nach dem Willen der AGW KI nach Möglichkeit ab dem 5. Monat von dem Mennonite Central Committee betreut werden: „Die Eheleute H. sind vor einem Jahr von den Polen ausgewiesen worden. Frau H. war vorher von den Russen vergewaltigt und hat auch ein Russenkind, das bei ihr ist. Der Mann wünscht sich durchaus ein eigenes Kind. Frau H. hatte im Juli 1947 eine Frühgeburt, die trotz bester Pflege durch die Mutter nach zwei Monaten starb. Sehr schlechte Wohnverhältnisse.“<sup>22</sup>

## VII. „Die ärmste Stadt im ärmsten Land“ - Der „Bericht über die Lage der Stadt Kiel“

In der Zeit kurz vor und kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland schien eine Diskrepanz zwischen dem Bild, welches das Ausland von der Not in Deutschland hatte, und dem Bild der Deutschen darüber zu herrschen. So wurde dem Vorsitzenden der AGW KI im April 1949 von einem Vertreter des Mennonite Central Committee mitgeteilt, daß die amerikanischen Spenden stark zurückgingen. Als Grund dafür wurde neben der Wirtschaftsdepression

die in der USA herrschende Meinung, daß "Deutschland selbst schon wieder alles hat"<sup>23</sup>, angegeben.

Eine Auffassung, die in Deutschland alles andere als geteilt wurde. Der „Bericht über die Lage der Stadt Kiel“, den die Fürsorgerin Andrae im Juli 1949 für die AGW KI verfaßte, wird mit einer Passage aus einem in der Schwäbischen Landeszeitung Augsburg abgedruckten Artikel eingeleitet, in dem die Stadt Kiel als „die ärmste Stadt im ärmsten

Land Deutschlands" bezeichnet wird.

Illustriert wird dies mit folgender Schilderung: „Wohl in keiner Großstadt Westdeutschlands sieht man auf Schritt und Tritt so viele ärmlich gekleidete und abgehärmte Menschen wie in Kiel. Nirgendwo droht die Hoffnungslosigkeit so sehr allen Aufbauwillen zu unterdrücken.“<sup>24</sup>

Das Land Schleswig-Holstein mit seinem im Vergleich zu den anderen Ländern der Bundesrepublik hohen Anteil an Flüchtlingen und seiner geringen Industriedichte und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosenquote von 23%<sup>25</sup> wird mit dem Etikett „Altersheim, Kinderheim und Krankenhaus der [ehemaligen] Westzone" belegt. Nach dem Bericht würde die „katastrophale Notlage Schleswig-Holsteins" dazu führen, daß das Land ohne Hilfe der anderen Länder überhaupt nicht mehr lebensfähig sei.

Nach den Ausführungen zur Situation in Schleswig-Holstein konzentriert sich der Bericht auf die Lage in Kiel. Dabei wird von der Grundannahme ausgegangen, daß „alle Momente, die Schleswig-Holstein zu dem gemacht haben, was es ist, für Kiel [...] in noch weitaus vergrößertem Maße gelten.“<sup>26</sup> Diese These wird von der Fürsorgerin Andrae mit einer Fülle von Daten und Fakten untermauert.

Unter dem Vorbehalt, das diese nicht durch Quellenhinweise gestützt sind, sollen einige der Angaben im folgenden wiedergegeben werden, da sie m. E. die Voraussetzungen für die freie Wohlfahrtspflege in Kiel kurz nach der Gründung der Bundesrepublik recht anschaulich darstellen.<sup>27</sup>

Nach der Währungsreform stieg die Zahl der Arbeitslosen in Kiel ständig an

und übertraf den bisherigen Höchststand von 1932. Im Juni 1949 waren in Kiel 25.538 Menschen arbeitslos gemeldet (19.300 Männer und 6.238 Frauen), was einen Anstieg um 5.000 seit März 1949 bedeutete. Die Zahl der Kieler und Kielerinnen, die vom städtischen Wohlfahrtsamt Unterstützung bezogen, stieg seit der Währungsreform um 50%. Der Kreis der Unterstützungsempfänger bestand im Juli 1949 aus 11.767 Personen mit 20.143 Personen und setzte sich aus Flüchtlingen und Familien von Kriegsgefangenen und Vermißten (4.670 Personen), ehemaligen Wehrmachtangehörigen (5.050 Personen) und den Empfängern der allgemeinen Fürsorge (10.423 Personen) zusammen.

Die Addition dieser Zahlen mit der Anzahl der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenfürsorge ergibt, daß im Sommer 1949 ca. 1/3 der Kieler Bevölkerung auf öffentliche Unterstützung angewiesen war. Die Unterstützungssätze beim Wohlfahrtsamt betragen damals für eine Einzelperson 36 DM monatlich, für jedes weitere Familienmitglied über 16 Jahren 22,50 DM monatlich und für Familienmitglieder unter 16 Jahren 20 DM monatlich. Außerdem wurde die Miete bezahlt.

Bei einer für Kiel offiziell angegebenen Lebenshaltungsindexziffer von 140,20 DM - die tatsächliche soll nach Angaben der Verfasserin erheblich höher gelegen haben - reichte weder die Unterstützung im Rahmen der Arbeitslosenversicherung noch die vom Kieler Wohlfahrtsamt gezahlte zum Bestreiten des Lebensunterhaltes. Doch auch diejenigen, die ihren Arbeitsplatz noch nicht verloren hatten, bewegten sich mit ihren Bruttolöhnen zwischen durchschnittlich 160 DM brutto für eine un-

29. August 1950.

An das  
 Polizeipräsidium K i e l.

Betr.: Erlass von Gebühren.

In zunehmendem Maße kommen zu uns völlig mittellose Auswanderer und neuerdings auch solche Leute, die eine Einweisung in ein Lungenanatorium in der Schweiz bekommen haben, die nicht in der Lage sind, die von ihnen geforderten Paßgebühren zu zahlen. In dem einen Fall handelt es sich um einen Arbeitslosen (Walt Decjerzabek, Sophienblatt 33, geb. in Böhmen), der die Möglichkeit hat, in Schweden unterzukommen und für den Paß DM 15,-- benötigt, die er nicht aufbringen kann. Bei meinen persönlichen Rücksprachen mit dem Arbeitsamt, Fürsorgeamt, Arbeitsministerium und Beratungsstelle für Auswanderungsfragen hat sich herausgestellt, daß es praktisch nicht möglich ist, daß von irgendeiner Stelle die Paßgebühren bezahlt werden. Der Leiter der Paßstelle, Herr Petersen, sagt mir, daß ein Erlass nicht möglich wäre, da der Engländer die Sachen erst nach Bezahlung der DM 15,-- bearbeitet.

Im 2. Fall handelt es sich um einen Mann, der seit 2 Jahren lungenkrank ist (Esemann, Westring 222) und Frau und 2 Kinder hat. Seit seiner Krankheit bezieht die Familie TbC-Hilfe. Nach vielen Verhandlungen und Überwindung grosser Schwierigkeiten ist es jetzt endlich gelungen, daß Herr Esemann über das Gesundheitsamt nach der Schweiz in ein Lungenanatorium verschickt wird. Es ist aber unmöglich, daß Herr Esemann neben den Fahrkosten auch noch DM 15,-- Paßgebühren aufbringen kann. Es hat sich herausgestellt, daß weder das Gesundheitsamt noch das Fürsorgeamt in der Lage sind, diesen Betrag zu zahlen.

Damit überhaupt sowohl dieser Auswanderer nach Schweden kommt als auch Herr Esemann diese für sein Leben so dringend notwendige Reise antreten kann, blieb keine andere Möglichkeit, daß aus Mitteln der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege die Paßgebühren bezahlt wurden.

Nach unserer Ansicht ist es aber nicht zu verantworten, daß die wenigen Gelder, die unter grossen Mühen von den ehrenamtl. Helfer und Helferinnen der freien Wohlfahrtsverbände gesammelt und die von den Kieler Bürgern gespendet werden, um damit wirklich soziale Notstände zu lindern, als Gebühren in eine Behördenkasse zurückfließen. Es muß hier ein Weg gefunden werden, daß für diese ganz dringenden Notfälle ein Erlass erfolgen kann.

Wir bitten daher dringend und herzlich, in solchen Fällen keine Gebühren zu erheben.

*P. Plath*  
 (Pastor Plath)  
 Vorsitzender

Abb. 3: Pastor Plath wendet sich mit der Bitte um Erlaß der Paßgebühren an Oberbürgermeister Gayk

gelernte Kraft und 220 DM für einen Facharbeiter am Rande des Existenzminimums.

Aufschlußbereich ist der in dem Bericht gezogene Vergleich zu dem Einkommen eines schwedischen Arbeiternehmers, wonach dieser bei damals gleicher Kaufkraft von DM und schwedischer Krone durchschnittlich zwischen 500 und 550 Kronen verdiente.

Folgende Bevölkerungssteile wurden als besonders benachteiligt dargestellt:

- Diejenigen, die schon lange arbeitslos waren, aus der normalen Arbeitslosenunterstützung auscheiden mußten und nur Arbeitslosenfürsorge erhielten. Diese Art der Unterstützung konnte bis zu 60 DM monatlich unter dem vom Wohlfahrtsamt gezahlten Fürsorgesatz liegen und daher ein zusätzliches Aufkaufen von Lebensmittelkarten unmöglich machen.

- Alleinstehende Frauen mit Kindern, die, selbst wenn sie Arbeit gefunden hätten, diese auf Grund ihrer Erziehungs- und Betreuungsverpflichtungen nicht hätten annehmen können. Die Möglichkeit zur Heimarbeit, die eine Alternative dargestellt hätte, gab es in Kiel nicht. Ebenso fehlte es an Krippen, Heimen und Kindergärten. Nach

dem Bericht ist der Lebensunterhalt in solchen Fällen meistens auch durch die Kinder gesichert worden, die „Altpapier aller Art sammelten oder sonst einer Nebentätigkeit nachgingen“.

- Die ehemaligen Wehrmachtangehörigen, die schon vor dem 2. Weltkrieg pensioniert waren. Deren Reihen seien „gelichtet gewesen [...], buchstäblich durch Verhungern und Selbstmorde“. Andere hätten durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten oder von Gelegenheitsarbeiten gelebt. Erwähnt werden ein 70jähriger, der bei der Schutträumung arbeitet, oder der 68jährige Kapitän a.D., der sich als Anstreicher auf der Holtenauer Hochbrücke verdingt.

Der „Bericht über die Lage Kiels“, der auch detaillierte Schilderungen von den Kieler Wohnverhältnissen und den damit zusammenhängenden hygienischen Zuständen im Sommer 1949 enthält, endet mit einem sehr pessimistischen Ausblick: „Ob und wann der innere und äußere Wiederaufbau Kiels beendet sein wird, ob es überhaupt je möglich ist, ein gesundes Gemeinwesen zu schaffen, in dem jeder Bürger sich selbst die Grundlagen für seine Existenz erarbeiten kann, läßt [sic!] sich heute noch nicht übersehen.“<sup>28</sup>

## VIII. Anmerkungen

1. Schaumann, Christoph: Die Entwicklung der freien Wohlfahrtspflege unter besonderer Berücksichtigung ihrer Reorganisation nach 1945 in Schleswig-Holstein (Magisterarbeit), Kiel 1995

2. Glaser, Hermann: Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1991, S. 13-146.

3. Eggebrecht, Axel / von Zahn, Peter: Nordwestdeutsche Hefte, Hamburg 1946 ff.

4. Völcker, Gertrud: Erinnerungen - 50 Jahre Öffentlichkeitsarbeit (3 Bde.), Kiel 1974 Bd 1, S. 11.

5. Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGW KI), Sitzungsprotokolle, 22.10.45.

6. Ebenda.

7. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 22.10.45.

8. Ebenda.

9. AGW KI, Allgemeines, 24.02.49.

10. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 22.10.45.

11. Ebenda.

12. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 25.11.45.

13. NSV = Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

14. Hinsichtlich der Auslandshilfe in Kiel ist der Aktenbestand der AGW KI sehr ausführlich von G. Stüber bearbeitet worden, vgl. Stüber, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984, S. 535-551.

15. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 16.16.1946.

16. AGW SH, Sitzungsprotokolle, 25.11.1946.
17. Ebenda.
18. Brief der Fürsorgerin Andrae an Pastor Plath, AGW KI, Briefe und Anträge, 17.03.1947.
19. Brief der V.V.N. an Pastor Plath, AGW KI, Allgemeines, 11.04.1947.
20. Antwortbrief Pastor Plaths an die V.V.N., AGW KI, Allgemeines, 26.04.1947.
21. Schreiben der Fürsorgerin Andrae an das Mennonite Central Committee, AGW KI, Allgemeines, 16.12.1947. Interessant und sachlich falsch zugleich ist die Gleichsetzung von V.V.N. und Kommunistischer Partei. Auch wenn sich die meisten der das NS-Regime überlebenden Kommunisten in der V.V.N. organisierten, handelte es sich zu keiner Zeit um eine KPD-Unterorganisation.
22. Ebenda.
23. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 29.04.1949.
24. Zitiert in: AGW KI, Sitzungsprotokolle, „Bericht über die Lage in Kiel“, 28.07.1949.
25. Stand Juni 1945 (zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen betrug die Arbeitslosenquote zur selben Zeit 4,2%).
26. AGW KI, Sitzungsprotokolle, „Bericht über die Lage in Kiel“, 28.07.1949.
27. Zu allen Angaben im folgenden vgl. ebenda.
28. Ebenda.

### Abbildungsnachweis:

Abb. 1: Stadtarchiv Kiel

Abb. 2: Archiv Björn Marnau, Kiel

Abb. 3: AGW KI, Briefe und Anträge 1945-1950.